



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 26. Ratssitzung vom 7. Dezember 2022

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2022/468 und 2022/612

1097. 2022/468

Weisung vom 28.09.2022:

Immobilien Stadt Zürich, Thurgauerstrasse, Baufeld A, Erstellung temporäre Tragluftsporthalle, Netto-Objektkredit, Zusatzkredit für Miete und Investitionsanteil für das Ratsprovisorium Hard

Antrag des Stadtrats

Für die Miete und den Investitionsbeitrag über 16 Monate für das Provisorium Hard wird zu den neuen einmaligen Netto-Ausgaben von Fr. 1 508 000.– gemäss Stadtratsbeschluss vom 5. Januar 2022 (STRB Nr. 12/2022) ein Zusatzkredit von Fr. 1 600 000.– bewilligt (Preisstand: 1. April 2021, Landesindex der Konsumentenpreise). Die neuen einmaligen Netto-Ausgaben betragen neu insgesamt Fr. 3 108 000.–.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2022/468 und 2022/612.

Referent zur Vorstellung der Weisung:

Flurin Capaul (FDP): *In dieser Weisung geht es um die temporäre Tragluftsporthalle, sowie einen Zusatzkredit für die Miete und den Investitionsanteil am Ratsprovisorium Hard. Für die Tragluftsporthalle wurden per Stadtratsbeschluss 1,5 Millionen Franken gesprochen. Die Weisung beantragt einen Zusatzkredit von 1,6 Millionen Franken. Die Halle braucht es, weil der Gemeinderat im Moment in der Messehalle tagt. Ursprünglich war vorgesehen, die Halle hier zu erstellen. Weil der Gemeinderat diesen Ort nun länger nutzt, wurde eine temporäre Tragluftsporthalle aufgestellt. Die Kosten für die Halle sind 98 000 Franken höher als angenommen, das ist der erste Teil des Zusatzkredits. Der zweite Teil ergibt sich aus dem Umzug ins Ratsprovisorium Hard. Vorerst war geplant, die Sitzungen zurück ins Rathaus zu verlegen und den Standort Hard später zu beziehen. Der neue Plan ist, von der Messehalle direkt ins Ratsprovisorium Hard umzuziehen. Das generiert Kosten: die Miete für die sechzehn Monate, die eigentlich im Rathaus verbraucht werden sollten, sowie ein Investitionsbeitrag an die Kosten des Kantons. Die Miete beläuft sich auf 340 000 Franken, der Investitionsbeitrag auf rund 910 000 Franken. Dazu kommt eine Reserve von 250 000 Franken. Weil die Kosten höher als 2 Millionen Franken sind, braucht der Stadtrat die Zustimmung des Gemeinderats. Wichtig zu wissen ist, dass im Rathaus weiter Miete bezahlt werden muss, egal ob das Ratsprovisorium in der Hard frühzeitig bezogen wird oder nicht. Das sind weitere 320 000 Franken.*

Kommissionsmehrheit Änderungsantrag / Schlussabstimmung:



Dr. Mathias Egloff (SP): Die Mehrheit der Kommission unterstützt die Weisung in ihrer Originalform. Wir kehren nicht ins Rathaus zurück und zahlen daher die Miete.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag / Schlussabstimmung:

Roger Suter (FDP): Zum ersten Mal liegen Zahlen vor, was es kostet, in die Hard umzuziehen: sage und schreibe 100 000 Franken pro Monat. Darum stellen wir einen Änderungsantrag. Der Betrag für die Turnhalle ist unbestritten. Wir fechten bloss die zusätzlichen Kosten für den Umzug an und beantragen daher eine Kürzung des Kredits auf 98 000 Franken. Damit ist sichergestellt, dass die Turnhalle nicht betroffen ist. Die Verwaltung hat das bestätigt. Damit könnten 1,6 Millionen Franken eingespart werden. Flurin Capaul (FDP) hat es bereits gesagt: Wir bezahlen Miete für das Rathaus, obwohl wir es nicht nutzen. Das ist purer Blödsinn. In diesem Rat sind hauptsächlich Mieterinnen und Mieter anwesend. Beahlt ihr gern Miete für etwas, das ihr nicht braucht? Ist etwas am Mietobjekt nicht in Ordnung, sagt man es dem Vermieter, und er kümmert sich darum. So verhält es sich auch mit der Technik im Rathaus, an der viel bemängelt wird: kein Live-stream, keine richtige Tonanlage. Bei einer so hohen Miete wie im Rathaus dürfen wir vom Kanton Gegenleistungen erwarten. Liebe Kapitalistinnen und Kapitalisten, ich weiss, der Markt wird das regeln. Auch ich als Unternehmer glaube an den freien Markt. Ich bin mir sicher, dass mit einer öffentlichen Ausschreibung der Tonanlage viel Geld eingespart werden kann. Liebe Klimaaktivistinnen und -aktivisten, habt ihr gewusst, dass im Rathaus die älteste Wärmepumpe der Welt steht? Sie ist seit dem Jahr 1938 in Betrieb. Wenn wir zurück ins Rathaus gehen, sparen wir nicht bloss 1,6 Millionen Franken, sondern auch Heizkosten. Liebe Kunsthistorikerinnen und -historiker, als ich das Rathaus zum ersten Mal betrat, fiel mir der Pelikan auf, der in der Kunstgeschichte für die Aufopferung steht. Er soll uns daran erinnern, dass das Parlament bereit sein sollte, sich mit Herzblut für die Bevölkerung einzusetzen. Der Gemeinderat gehört ins Rathaus, wo er seit dem Jahr 1831 tagt. Liebe «Büezerinnen und Büezer», ich arbeite hart für mein Geld und sehe nicht gerne zu, wie es unnötig ausgegeben wird. Liebe Genossinnen und Genossen, ich bezweifle, dass das Volk das Verschleudern von 1,6 Millionen Franken begrüsst. Die FDP lehnt die Weisung ab und beantragt den Änderungsantrag.

Reto Brüesch (SVP) begründet den Beschlussantrag GR Nr. 2022/612 (vergleiche Beschluss-Nr. 1052/2022): Die SVP beantragt die Rückkehr ins Rathaus. Dort soll getagt werden, bis es im Sommer 2024 saniert wird, und der Rat ins Provisorium Hard umziehen muss. Wir haben am 6. April 2022 schon über dieses Thema abgestimmt, wobei eine klare Mehrheit forderte, nicht mehr ins Rathaus zurückzukehren. Damals spielte Corona eine Rolle bei der Entscheidung. Im Rathaus sei es viel zu eng. Seither hat sich einiges getan. Die Masken- und Abstandspflicht ist gefallen, die Kommissionen tagen wieder physisch, den Ratssitzungen dürfen Besucher beiwohnen, die Infektionsrate ist gesunken, und viele haben sich impfen lassen. Deshalb, und weil wir durch diese Weisung wissen, dass 1,6 Millionen Franken gespart werden können, soll nochmals abgestimmt werden, wo wir hinziehen. Doppelt Miete zu zahlen – im Rathaus und im Provisorium Hard – ist gegenüber den Steuerzahlenden nicht fair. Der Gemeinderat soll nochmals anderthalb Jahre im Rathaus verbringen.



Sven Sobernheim (GLP) stellt den Ablehnungsantrag zum Beschlussantrag GR Nr. 2022/612: In diesem Fall muss der gesamte Steuerhaushalt berücksichtigt werden, städtisch und kantonal zusammen. Für Steuerzahlende der Stadt Zürich wird es nicht günstiger, wenn die Kosten dem Kanton überlassen werden, er die genannten Investitionen trotzdem tätigt und die Steuerzahlenden zusätzlich die Restauration der Anlage im Rathaus bezahlen müssen. Zurück ins Rathaus zu gehen, spart also keinerlei Kosten. Die GLP hat im Sommer 2022 für den Umzug ins Rathaus gestimmt, vertritt aber die Meinung, dass es dafür jetzt zu spät. Die Vorbereitungen für den Umzug ins Provisorium Hard sind bereits getroffen. Wir lehnen den Beschlussantrag der FDP ab.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): Bei den Beschlussanträgen im November 2021 und im April 2022 wurde entschieden, nicht ins Rathaus zurückzuziehen. Die GLP hatte sich beide Male dafür eingesetzt, zurückzukehren. Entsprechend stimmen wir der heutigen Weisung wenig enthusiastisch zu. Zu beanstanden gibt es einiges. Aufgrund der genannten Beschlussanträge wurde ein neuer Vertrag mit dem Kanton ausgehandelt. Dabei war nie die Rede von einer möglichen Rückkehr ins Rathaus. Man kann die Verwaltung dafür nicht kritisieren: Sie handelte im Einklang mit dem Beschluss des Gemeinderats. Der Vertrag sieht aber auch vor, dass wir uns mit einem Betrag von 912 000 Franken an den Investitionskosten des Provisoriums Hard beteiligen. Diese fallen nur an, wenn wir das Provisorium frühzeitig beziehen, also bevor das Rathaus saniert wird. Das Rathaus ist als Sitzungsort nicht ideal, die Audiotechnik und die Abstimmungsanlage funktionieren nicht richtig. Daher ist es irritierend, dass die Kosten nur erlassen werden, wenn die suboptimale Variante, der Umzug ins Rathaus, gewählt wird. Weiter zu bemängeln sind die Kostenaufteilung zwischen Stadt und Kanton sowie die kleinliche Beteiligung des Kantons am Aufbau der Tragluftsporthalle – er möchte nur 50 Prozent der Kosten übernehmen. Es kann davon ausgegangen werden, dass eine Mehrheit des Gemeinderats im April 2022 dem Rückzug ins Rathaus zugestimmt hätte, wenn die Kosten bekannt gewesen wären. Die GLP fragt sich, ob es realistisch ist, das Rathaus innert weniger Monate auf Vordermann zu bringen, sodass wir rechtzeitig dorthin zurückkehren könnten. Ausserdem brachten die Sitzungen in der Messehalle einige Vorteile, die das Rathaus nicht bieten kann, zum Beispiel den Livestream. Die GLP stimmt der Weisung zu.

Jean-Marc Jung (SVP): Ab dem 1. März 2023 sind wir wahrscheinlich im Provisorium Hard. Das ist früher als ursprünglich geplant, deshalb auch die zusätzlichen Kosten. Die Stadt ist Mieterin beim Kanton und hat im Nachtrag zum ursprünglichen Mietvertrag den Wunsch explizit geäussert. Der Abschluss seitens Mieterschaft erfolgt vorbehältlich der Zustimmung der zuständigen städtischen Instanz. Eine Änderung des Mietvertrags dürfte juristisch zu reden geben. Sven Sobernheim (GLP) hat es erfasst: Die Kosten müssen von jemandem bezahlt werden, schlussendlich sowieso vom Steuerzahler. Die vorzeitige Nutzung des Provisoriums Hard mit Kosten von 3,1 Millionen Franken hat die Diskussion im Gemeinderat ausgelöst. Wird der Änderungsantrag der FDP, den wir unterstützen, an-



genommen, würde die Grenze wieder unterschritten werden. Wir sind froh, dass das historisch wertvolle Rathaus saniert wird. Rathäuser gehören in die Innenstadt, nicht in unscheinbare Aussenquartiere. Die zentrale Lage bietet kurze Wege, erleichtert effizientes Arbeiten und spontane Besuche und erinnert die Menschen an die Räte von Zürich sowie ihre politische Arbeit. So sieht gelebte Demokratie aus. Das Provisorium Hard wird ein Provisorium bleiben müssen. Unter der Annahme, dass der Beschlussantrag der SVP und der Änderungsantrag der FDP abblitzen könnten, stimmen wir der Weisung zu.

Mischa Schiow (AL): Die Weisung liefert genügend Argumente, um den geplanten Umzug zu torpedieren oder zu verzögern. Mit dem Kanton wurde eine Vereinbarung getroffen, die im Fall eines vorzeitigen Einzugs eine Kostenbeteiligung der Stadt an den Baukosten in der Hard vorsieht. Bei einer Nutzung ab dem Zeitpunkt der Sanierungsarbeiten im Rathaus hingegen, müsste nur die sowieso anfallende Miete bezahlt werden. Das ist ein Kostenunterschied von 912 000 Franken. Gerechterweise muss erwähnt werden, dass keine Kostenschätzung für die Sanierung der Audiovorrichtungen vorliegt. Dass die Vereinbarung erst jetzt zum Vorschein kommt und keine weiteren Abklärungen vorgenommen werden können, ist unglücklich und schadet der Weisung. Es stellt sich die Frage, ob diejenigen, die den Vertrag ausgehandelt haben, korrekt in das Thema eingeführt wurden. Die letzte Abstimmung im Gemeinderat fiel äusserst knapp aus. Alternativen hätten damals vorgestellt werden müssen. Der Vertrag ist aber unterschrieben und der Umzug ins Provisorium Hard soll in drei Monaten stattfinden. Es ist praktisch unmöglich, jetzt noch etwas zu ändern. Die AL-Fraktion hat sich zweimal für eine Rückkehr ins Rathaus ausgesprochen, stimmt der Weisung unter diesen Bedingungen aber zu.

Claudia Rabelbauer (EVP): Die Weisung kam leider um einiges zu spät und konnte von uns nicht seriös diskutiert werden. Es liegen keine Grundlagen und wenig Fakten vor. Laut FDP können 1,6 Millionen Franken eingespart werden, Sven Sobernheim (GLP) sprach von keinerlei Ersparnis. Die gestiftete Verwirrung hat uns sehr verärgert. Wir werden dem Beschlussantrag zustimmen, da wir der Meinung sind, dass der Gemeinderat ins Rathaus gehört. Die Technikprobleme werden wir irgendwie überwinden können – wenn nicht, geht es auch analog.

Flurin Capaul (FDP): Miete und Vermieter sind immer wieder ein Thema. Die Kosten der Techniksanieierung sind unbekannt, liegen aber sicher nicht bei 1,6 Millionen Franken. Mietrechtlich liegt die Verantwortung beim Vermieter. Es wird das Gefühl vermittelt, dass der Gemeinderat beziehungsweise die Stadt Zürich als Mieterin über den Tisch gezogen wurde. Roger Suter (FDP) und ich möchten einen positiven Beitrag zur Situation leisten und haben für die Liegenschaft am Limmatquai 55 eine Mitgliedschaft im Mieterinnen- und Mieterverband Zürich eingetragen. Hoffentlich steht dieser uns bei mietrechtlichen Fragen zur Verfügung.

Dr. Mathias Egloff (SP): Die technische Einrichtung im Rathaus ist nicht ausreichend. Wie viel es kosten würde, sie zu erneuern, ist unbekannt. Die heutigen Schätzungen dazu sind völlig unfundiert. Übrigens benötigt eine Wärmepumpe noch weniger Strom, wenn wir nicht ins Rathaus zurückkehren und somit nicht geheizt wird. Hauptgrund für unsere Bedenken ist das Pandemierisiko, das noch nicht bei null liegt. Bei einer neuen



5 / 7

Welle müssten wir vielleicht abermals umziehen. Der Kanton bekommt das Geld. Mit dem Kanton haben wir den Win-win-Deal der Ballonhalle abgeschlossen. Wenig effizient wäre es, im Rathaus kurz vor der Sanierung noch Anstrengungen zur Reparatur der Technik anzustellen. Das Geld in der Hard kommt der Kirchengemeinde zugute. Die SP lehnt den Beschlussantrag ab. Wir möchten ins Ratsprovisorium Hard zügeln.

Urs Riklin (Grüne): *Der Umzug ins Rathaus ist ein wiederkehrendes Thema. Wir haben bereits darüber abgestimmt: es wurde abgelehnt. Die Grünen bleiben bei ihrer ursprünglichen Stellung. Die Weisung GR Nr. 2022/468 werden wir aber annehmen.*

Karin Weyermann (Die Mitte): *Ich war überrascht, als diese Weisung in der Kommission diskutiert wurde. Einiges war unklar, zum Beispiel ob Investitionsbeiträge bei einer Rückkehr ins Rathaus bezahlt werden müssten oder nicht. Auch wurde die Weisung ohne detaillierte Beantwortung jeglicher Fragen zur Abstimmung gegeben. Es ist beispielsweise nicht klar, was passiert, wenn man dem Änderungsantrag der FDP zustimmt. Da ich zu denen gehöre, die die Nähe im Rathaus schätzen, bin ich für eine Rückkehr ins Rathaus – wenn dies irgendwie möglich ist.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: *Im April 2022 fiel der Entscheid, nicht zurück ins Rathaus zu ziehen. Ich frage mich, wie ich Entscheide des Gemeinderats zukünftig interpretieren soll. Drei Stimmen Unterschied und die lange Nachdiskussion wirken ebenfalls wie Geldverschleuderung. An jedem Vertrag gibt es etwas zu bemängeln. Insgesamt bin ich jedoch überzeugt, dass der Mietvertrag, den wir lange und ausgiebig mit dem Kanton verhandelt haben, fair und für beide Seiten vorteilhaft ist.*

Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Für die Miete und den Investitionsbeitrag über 16 Monate für das Provisorium Hard wird zu den neuen einmaligen Netto-Ausgaben von Fr. 1 508 000.– gemäss Stadtratsbeschluss vom 5. Januar 2022 (STRB Nr. 12/2022) ein Zusatzkredit von ~~Fr. 1 600 000.–~~ Fr. 98 000.– bewilligt (Preisstand: 1. April 2021, Landesindex der Konsumentenpreise). Die neuen einmaligen Netto-Ausgaben betragen neu insgesamt ~~Fr. 3 108 000.–~~ Fr. 1 606 000.–.

Mehrheit:	Vizepräsident Dr. Mathias Egloff (SP), Referent; Präsidentin Brigitte Fürer (Grüne), Marco Denoth (SP), Selina Frey (GLP), Nicole Giger (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Jürg Rauser (Grüne), Mischa Schiow (AL)
Minderheit:	Roger Suter (FDP), Referent; Flurin Capaul (FDP)
Enthaltung:	Reto Brüesch (SVP), Jean-Marc Jung (SVP), Claudia Rabelbauer (EVP)



6 / 7

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 40 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Vizepräsident Dr. Mathias Egloff (SP), Referent; Präsidentin Brigitte Furer (Grüne), Marco Denoth (SP), Selina Frey (GLP), Nicole Giger (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Jürg Rauser (Grüne), Mischa Schiwow (AL)
Minderheit:	Roger Suter (FDP), Referent; Flurin Capaul (FDP)
Enthaltung:	Reto Brüesch (SVP), Jean-Marc Jung (SVP), Claudia Rabelbauer (EVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 90 gegen 21 Stimmen (bei 7 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für die Miete und den Investitionsbeitrag über 16 Monate für das Provisorium Hard wird zu den neuen einmaligen Netto-Ausgaben von Fr. 1 508 000.– gemäss Stadtratsbeschluss vom 5. Januar 2022 (STRB Nr. 12/2022) ein Zusatzkredit von Fr. 1 600 000.– bewilligt (Preisstand: 1. April 2021, Landesindex der Konsumentenpreise). Die neuen einmaligen Netto-Ausgaben betragen neu insgesamt Fr. 3 108 000.–.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 14. Dezember 2022 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 13. Februar 2023)

1098. 2022/612

Beschlussantrag der SVP-Fraktion vom 30.11.2022:

Rückkehr des Gemeinderats in das Rathaus bis zur Sanierung des Gebäudes

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2022/468, Beschluss-Nr. 1097/2022.

Reto Brüesch (SVP) begründet den Beschlussantrag (vergleiche Beschluss-Nr. 1052/2022).

Sven Sobernheim (GLP) stellt den Ablehnungsantrag und begründet diesen.



7 / 7

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Der Rat lehnt den Beschlussantrag mit 36 gegen 76 Stimmen (bei 1 Enthaltung) ab.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat